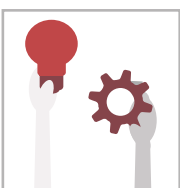


Campus für Demokratie vernetzt in Genf



Event vom 3. Oktober 2018

Neue Erfahrungen demokratischer Partizipation



Der Campus für Demokratie ist eine nationale Plattform für politische Bildung und Partizipation. Er bringt Akteure aus Praxis und Wissenschaft zusammen, die insbesondere Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht in ihrer politischen Bildung und Partizipation fördern.

Facts & Figures



Datum 3. Oktober 2018
Ort Salle communale du Faubourg, Genf

56
Teilnehmende

Aus den Bereichen:
Administration, Bildung, Recherche, Politik, Migration, Kindheit und Jugend, Privat

13
ReferentInnen

Moderation:
Catherine Carron, Campus für Demokratie und
Isabelle Milbert, Centre Albert Hirschman sur la
démocratie de l'IHEID

Begrüssung:
Christophe Genoud, Vizekanzler des Kanton Genf

BürgerInnenpartizipation in der Stadtentwicklung – physisch oder digital

**Prof. Isabelle Milbert
und Cyril Royez**

Centre Albert Hirschman sur la démocratie de l'IHEID und urba-Monde

isabelle.milbert@graduateinstitute.ch

Welches sind die wichtigsten Prinzipien, Formen, aber auch Grenzen innovativer Bürgerbeteiligungsprojekten im urbanen Raum? Welche Rolle spielen dabei Internet und andere neue Technologien?

Die Workshop-Teilnehmenden diskutierten diese Fragen anhand konkreter Beispiele aus schweizer Städten wie Genf, Onex, Carouge, Neuenburg oder Zürich. Ein besonderer Fokus lag ausserdem auf der Stadt Bologna, deren Bürgermeister Virginio Merola am Workshop teilnahm. Das Beispiel von Bologna ist deswegen besonders interessant, weil die Stadt eine Reihe von Sensibilisierungsprojekten zu aktiver Bürgerschaft und partizipativer Verwaltung von Gemeinschaftsgütern getestet und umgesetzt hat. Die innovativen Initiativen brachten der Stadt dieses Jahr weltweite Anerkennung in Form des «Engaged Cities Award» ein.

Eine erste Form der BürgerInnenbeteiligung im Bereich Planung & Entwerfung basiert auf partizipativen «Stadt-Labors». Diese umfassen eine für den Prozess verantwortliche neutrale Person, die jeweilig zuständigen Gremien sowie die Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadtverwaltung hält diejenigen Rahmenbedingungen und Elemente fest, welche nicht verhandelbar sind, der gesamte Rest der städtischen Politik wird im Zuge des «Stadt-Labors» einer Überprüfung unterzogen. Ein Online-Teilnahmeforum ermöglicht zusätzlich digitale Mitwirkung.

Partizipative Budgets bilden eine zweite Form bürgerlicher Mitgestaltung in der Stadtentwicklung. In Bologna wird jedem Bezirk ein Investitionsbudget, ungesehen der bestehenden Ausgaben, frei zur Verfügung gestellt. Wie dieses eingesetzt wird entscheiden die EinwohnerInnen, indem sie die Möglichkeit haben, sich an Diskussionen zu beteiligen und Projekte vorzuschlagen, die Gegenstand einer Online-Abstimmung werden. Jegliche EinwohnerInnen über 16 Jahren, egal welcher Staatsangehörigkeit, dürfen ihre Stimme abgeben. Eine Million Euro steht diesen Projekten jährlich gesamthaft zur Verfügung. Nach der Genehmigung eines Projektes wird in der Regel eine jährliche Standortbestimmung gehalten oder ein verantwortliches Komitee geschaffen, welches ebenfalls jährlich von der Gemeinde finanziert wird. In letzterem Fall liegt die Budgetkontrolle nicht beim Gemeinderat, sondern es findet eine Kompetenzübertragung auf die BürgerInnen statt.



In Genf bilden Wohngenossenschaften, die gemeinsam das Baubudget verwalten, ein weiteres Beispiel bürgerlicher Mitgestaltung. Die BewohnerInnen stimmen über Elemente des Budgets ab und treffen Entscheidungen über das Innere eines Gebäudes, Außenanlagen oder die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen. Solche partizipative Budgets mit Online-Abstimmung beziehen in der Regel 50 bis 1000 Haushalte ein. Oft trägt der Prozess dazu bei, Räume zu überdenken und eine grünere Stadt zu erreichen.

Es sei darauf hingewiesen, dass es die Gemeinde ist, die den Wohngenossenschaften das Baurecht erteilt. Dabei spielt die Frage von Vertrauen zwischen politischen AkteurInnen und Verbänden eine wichtige Rolle. Das angestrebte Gleichgewicht zwischen diesen und das Interesse der Allgemeinheit müssen in der Debatte im Mittelpunkt stehen. Die öffentlichen Behörden haben die Aufgabe, unter bürgerlicher Kontrolle, als Garant des allgemeinen Interesses und der Kollektivität zu fungieren.

Digitale Technologien lösen Fragen der Partizipation als solche nicht. Mit Sicherheit wohnt ihnen das Potenzial inne, Beteiligung in verschiedenen Gebieten zu erweitern, aber es muss der ausschliessende Charakter für BürgerInnen, welche keinen Zugang dazu haben oder diese Instrumente nicht beherrschen, beachtet werden. Trotzdem stellen digitale Technologien eine Vereinfachung oder Erweiterung der Beteiligung dar, sofern der Vorbereitungsprozess gut konzipiert wurde. So hat beispielsweise das Projekt CivicTech mit der EPFL durch den Einsatz von digitaler Technologie zusätzlich zur physischen Beteiligung eine Partizipationserhöhung von 10% erreicht.

Die Diskussion über den Prozess der Stadtplanung von unten (bottom up) oder von oben (top down) führt zu Überlegungen zur gewünschten Stadtentwicklung der BewohnerInnen selber, aber auch wie Verbindungen zwischen Vereinen/Organisationen und der Stadtverwaltung institutionalisiert werden können. Generell sollte die Frage, wer sich beteiligt und wer sich beteiligen „kann“, als roter Faden dienen. Einige Workshop-Teilnehmende haben die Tendenz beobachtet, dass hauptsächlich RentnerInnen, Genossenschaften und Fachleute aus den jeweiligen Sektoren in den Beteiligungsgremien für Stadtprojekte vertreten sind und relativ wenige EinwohnerInnen. In diesem Zusammenhang müssen die gewählten VertreterInnen, aufgrund ihrer verfassungsmässigen Legitimität, eine vermittelnde Rolle einnehmen in der Projektbeurteilung, eine Vielfalt an Sichtweisen und Interessen aufzeigen und einen breiten Dialog gewährleisten. Zu diesem Zweck ist eine angemessene Gestaltung des Prozesses und dessen « Design » unerlässlich.



Wie können SchülerInnen Demokratie lernen?

World Café moderiert vom
Campus für Demokratie in
Zusammenarbeit mit dem DIP
des Kanton Genf

Welches sind Erfolgsfaktoren, um Jugendliche und junge Erwachsene für die Politik in Genf und in der Schweiz zu interessieren?

Die Teilnehmenden betonten zunächst die notwendige Berücksichtigung des Alters und Anpassung der Unterrichtseinheiten oder Einsätze an die jeweilige Altersgruppe. Für jegliche Aktionen ist es daher unerlässlich, die Zielgruppe präzise zu definieren. Sie stellten ferner fest, dass ein politischer Wille für die nachhaltige Umsetzung von Ideen und Vorschlägen erforderlich ist. Konkrete Vorgehensweisen sind beispielsweise bei der Umsetzung des Westschweizer Lehrplanes PER (Plan d'études romand) notwendig. Ein Problem, welches aufgedeckt wurde, ist das mangelnde Wissen Jugendlicher über Institutionen, demokratische Prozesse und das politische Geschehen. Wenn junge Menschen aus Alters- oder Nationalitätsgründen nicht wählen können, mag dies erklären, warum sie sich von Abstimmungen nur am Rande betroffen fühlen. Zuallererst müssen Schülerinnen und Schüler deshalb entdecken, wie Politik ihren Alltag prägt (z.B. Studententafel, Anzahl Ferienwochen, Ladenöffnungszeiten, Dorffest etc.). Auch Simulationen können helfen, sich mit der politischen Realität verbunden zu fühlen. Ein konkretes Projekt könnte eine Abstimmungssimulation sein, bei dem eine Volksabstimmung unter den gleichen Bedingungen nachgestellt wird. Die Jugendlichen diskutieren und vergleichen dann ihre Ergebnisse mit den offiziellen Resultaten. Sie lernen, ihre Interessen zu erkennen und zu verteidigen. Durch solche praktischen Übungen erleben und erfahren Jugendliche Politik, mit dem Ziel, dass die Teilnahme am politischen Leben konkret und natürlich wird. Für SchülerInnen, deren Alter eine Wahlsimulation nicht zulässt, könnten Besuche im Rathaus und Austausch mit AmtsträgerInnen organisiert werden, um politische Abläufe lebendig zu machen. Grundsätzlich soll eine demokratische Unterrichtskultur sicherstellen, dass die Ideen und Entscheidungen der jungen Menschen berücksichtigt werden und diese nicht zur Pseudopartizipation verkommen. Das Klassenzimmer soll einen Raum für das Internalisieren und Reflektieren von (basis-)demokratischen Prozessen und Werten bilden.

Wie könnten Ihrer Meinung nach der Staat, die Schule, der Kanton oder Plattformen wie der Campus für Demokratie die politische Bildung stärken und erleichtern?

Eine Schlüsselidee, die sich aus den Diskussionen ergab, bezog sich auf die Notwendigkeit, die Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren zu formalisieren und deren Rollen klarer zu definieren. Die teilnehmenden Akteure drückten auch Ihre Bereitschaft aus, Hilfe zu erhalten in Form einer Steuerung, welche bei der Durchführung von Projekten, die verschiedene Einrichtungen (Schulen, Gemeinden usw.) mit unterschiedlichen politischen Interessen vereinen, in gewisser Weise die Führung übernehmen würde. Damit sollten Inkonsistenzen vermieden und ein wirklich gemeinsames Zusammenarbeiten erreicht werden.

Die Schule sollte ausserdem ermöglichen, Institutionen in eine historische Logik zu integrieren. Die historische Verankerung, zu «wissen, woher man kommt, um zu wissen, wohin man geht», könnte politische Bildung erleichtern. Die TeilnehmerInnen betonten auch die Notwendigkeit, digitale Technologien zu nutzen, sowie praktische Projekte in der Schule wie auch ausserhalb durchzuführen. Vielmehr als «Koordination» oder «Entfragmentierung» ergibt sich aus der Diskussion der Schlüsselbegriff «Interpenetration»: Es geht darum, dass sich alle diese Akteure treffen und untereinander diskutieren können, wie es heute im World Café der Fall war.

Erfolgreiche Vermittlung von politischer Bildung im Klassenzimmer: Wie kann mit SchülerInnen neutral über Politik gesprochen werden?

Die Teilnehmenden wollten zunächst Neutralität definieren: Ist es möglich, neutral zu sein, und ist es wirklich das Ziel? Eine Lehrperson sollte nicht um jeden Preis nach absoluter Neutralität streben, da es ein unerreichbares Ideal ist. Hingegen kann sie Pro- und Contra-Argumente erläutern und zeigen, dass jede Debatte komplex und widersprüchlich ist. Es muss nicht darum gehen, für oder gegen etwas zu sein, sondern zu zeigen, dass Entscheidungen Auswirkungen haben. Bei thematischen Debatten sollte die Lehrperson idealerweise einen Raum bieten, in dem die Argumente direkt aus den SchülerInnen hervorgehen, und in der sie die Debatte begleitet und unterstützt, aber nicht leitet. Wenn die Lehrperson ihre Meinung äussert, muss sie diese als solche kommunizieren: «Es ist meine Meinung, meine Interpretation und nicht die objektive Realität». Ein mögliches Werkzeug ist smartvote, eine Abstimmungshilfe-Plattform, die es BenutzerInnen ermöglicht, ihr politisches Profil festzustellen. Der Fragebogen kann zum Beispiel in Zweiergruppen ausgefüllt werden, um Diskussionen untereinander Raum zu geben. Daraufhin könnten Grüppchen Mini-Kampagnen organisieren, die auf den Ergebnissen von smartvote basieren. Dieses Instrument ist jedoch erst ab der Sekundarstufe anwendbar. Zu guter Letzt haben die TeilnehmerInnen ihre Meinung geäussert, dass die LehrerInnenweiterbildung im Bereich politische Bildung verstärkt werden könnte.

5 Projekte stellen sich vor

Albanische Volkshochschule
(Erwachsenenbildung)
Albana.Krasniqi@upa.ch

Erst durch Teilnahme werden Sie zur BürgerIn

Dieses Projekt fördert die Reflexion, Erklärungen und praktische Arbeit über die Rechte und die aktive Bürgerschaft von AusländerInnen mit Wohnsitz in Genf. 41% der Genfer Bevölkerung sind ausländischer Herkunft. Durch verschiedene Aktivitäten bietet das Projekt Antworten, welche an die Zielgruppe angepasst sind, und lädt zum Nachdenken über aktive Bürgerschaft ein. Die Albanian People's University fungiert als Schnittstelle zwischen der Schweizer Gesellschaft und der albanischen Diaspora und öffnet ihre Türen allen allophonen Gemeinschaften in Genf.

Genf, eine Sozial- und Solidaritätsstadt
Vanessa.Dahan@ville-ge.ch
joelle.oudard@ville-ge.ch
corinne.cornaglia@ville-ge.ch

Ich bewege mein Quartier

Das Departement für sozialen Zusammenhalt und Solidarität der Stadt Genf möchte das soziale Leben der Quartiere und das Wohlbefinden seiner BewohnerInnen durch die Förderung einer lokalen Sozialpolitik steigern. Durch verschiedene Initiativen (Quartier-Sozialforen, «Projets à la pelle» (Projektaufruf), «Je bouge mon quartier», etc.) wird den BewohnerInnen die Möglichkeit gegeben, selbst konkrete Lösungen vorzuschlagen oder BürgerInnenprojekte zu entwickeln, die aus kollektiven Überlegungen resultieren. Seit 2015 wurden mehr als 50 Projekte eingereicht, von denen 30 unterstützt wurden.

Pop Démocratie
marceau.schroeter@gmail.com

Für eine zugängliche direkte Demokratie

Der Verein «Pop Démocratie» arbeitet auf zwei Ebenen: Das politische System herunterzubrechen und dieses lebendig zu machen, sowohl für SchweizerInnen wie auch ausländische EinwohnerInnen. Der Verein führt dazu zwei Angebote durch: einen Parcours zur direkten Demokratie und die Ausstellung «Ich bin die direkte Demokratie». Durch ein positives und

dynamisches Verständnis der Besonderheiten der direkten Demokratie will «Pop Démocratie» die Bürgerinnen und Bürger für ihre Macht und ihre politischen Ausdrucksmöglichkeiten sensibilisieren.

Step into action Genf
nadj@euforia.org
ansou.perou@gmail.com

Junge Menschen engagieren sich hier und jetzt!

Step into action ist ein Projekt der Möglichkeiten, Information, Inspiration und Unterstützung, um junge Menschen zu motivieren, auf lokaler Ebene zu Akteuren des Wandels zu werden. Es richtet sich an Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren und findet in mehreren Schweizer Kantonen statt. Die Genfer Sektion organisiert jeweils im Herbst im Palexpo eine Veranstaltung für Genfer Schulklassen, die einen Parcours bestehend aus den drei Etappen « Sensibilisierung », « Reflexion » und « Aktion » bestreiten.

Generation Losverfahren « Génération nomination »
charly@genomi.ch

Auf dem Weg zu einem Label für partizipative Gemeinden?

Die partizipative Demokratie macht in der heutigen Welt mit vielen integrativen Erfahrungen große Fortschritte. Es ist nun an der Zeit, auf allen bisherigen Erfahrungen aufzubauen, um tragfähige Prozesse für BürgerInnenmitsprache über die Form eines Labels zu definieren. Den Gemeinden stehen Lehrmaterialien zur Verfügung, die sie bei der Einrichtung dieser Art von BürgerInnenräte sowie bei der Ausbildung ihrer Mitarbeitenden und Teilnehmenden unterstützen. «Génération nomination» setzt sich für die Bildung von BürgerInnengremien ein, die demokratisch per Los gezogen werden, welche, wenn gut betreut, mehr Vielfalt, Neutralität und eine stärkere Einbindung der BürgerInnen in die gesellschaftlichen Entscheidungen bringen werden.



Öffentliche Konferenz am Abend

Teilnahme an der lokalen Demokratie: internationale Perspektiven
Podiumsdiskussion mit Erfahrungsberichten und Reflexionen von Virginio Merola, Bürgermeister der Stadt Bologna, und Ruth Betsaida Itamari Choque, Abgeordnete von Bolivien.

Bleiben Sie informiert!

Um sicherzustellen, dass Sie keine der Veranstaltungen des Campus für Demokratie verpassen und um Sie über andere Aktivitäten und Neuigkeiten zum Thema politische Bildung und Partizipation auf dem Laufenden zu halten, informieren wir Sie gerne über diese verschiedenen Kanäle:

Website www.campusdemokratie.ch
Newsletter www.campusdemokratie.ch/kontakt
Facebook www.facebook.com/campusdemokratie
Twitter www.twitter.com/camp_demokratie